



Detailansicht des Registereintrags

RA Sascha Milkereit Rechtsanwalt

Aktuell seit 03.07.2026 11:51:07

Natürliche Person

Registernummer:	R000366
Ersteintrag:	09.02.2022
Letzte Änderung:	03.07.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	03.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Anwaltskanzlei, Einzelanwältin oder Einzelanwalt

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Mitgliedschaften (1):

1. Freie Demokratische Partei e.V. (FDP)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (2):

Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Als selbständig tätiger Rechtsanwalt und Hauptstadtrepräsentant der Deutschen Gesellschaft für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie sowie des Berufsverbandes Deutscher Oralchirurgen, berate ich meine Mandanten zu laufenden Gesetz- und Verordnungsvorhaben, formuliere hierzu Stellungnahmen und nehme an Verbände- oder Sachverständigenanhörungen des Bundesministeriums für Gesundheit sowie des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages teil. Hierneben trete ich in Kontakt zu Bundestagsabgeordneten, Mitgliedern der Bundesregierung sowie Ministerialbeamten, zu Vertretern der Bundesländer und deren Ministerialbeamten, um auf die Anliegen der meinerseits vertretenen Mandanten hinzuweisen.

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. DGMKG: Änderungen Leistungsgruppe, belegärztliche und AOP Leistungen, Förderung Weiterbildung; BDO: Einführung belegzahnärztlicher Leistungen

Beschreibung:

Die DGMKG meldet Änderungsbedarf an den Leistungsgruppendifinitionen an. In Leistungsgruppe 37 sollte MKG-Chirurgie unter den “Mindestvoraussetzungen“, als verwandte Leistungsgruppe geführt werden. Sektorübergreifenden Leistungen wie „Ambulante Operationen nach § 115b SGB V“ sowie “belegärztliche Leistung nach § 121 SGB V“, sollten unabhängig vom Krankentyp ermöglicht bleiben. Der Gesetzgeber wird aufgefordert, spätestens bis 2027, ein Konzept zur Förderung der fachärztlichen Weiterbildung implementiert zu haben.

Der BDO fordert die Berücksichtigung belegzahnärztlicher Leistungen als optionales Leistungsspektrum Sektorübergreifender Versorgungseinrichtungen in § 115g SGB V.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; KHEntgG [alle RV hierzu]; KHG [alle RV hierzu]; BPflV 1994 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. SG2404150002 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2404150003 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. SG2404190001 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. SG2409100003 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. Modernisierung der privatärztlichen Vergütung

Beschreibung:

Angestrebt wird der Erlass einer neuen Gebührenordnung für Ärzte, mit einem zeitgemäßen, zukunfts-offenen Gebührenverzeichnis, welches den medizinisch-technischen Fortschritt abbildendet. Die Leistungen sind betriebswirtschaftlich zu bewerten. Dabei muss auch den Preis- und Kostenentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte Rechnung getragen werden.

Betroffenes geltendes Recht:

GOÄ 1982 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

3. Modernisierung der privat Zahnärztlichen Vergütung, Anpassung an die Kostenentwicklung

Beschreibung:

Angestrebt wird der Erlass einer betriebswirtschaftlich kalkulierten, den (zahn-)medizinisch-technischen Fortschritt abbildenden, zukunfts-offenen neuen Gebührenordnung für Zahnärzte. Die Leistungen sind betriebswirtschaftlich zu bewerten. Dabei muss auch den Preis- und Kostenentwicklungen der vergangenen Jahrzehnte Rechnung getragen werden. Hilfsweise streben wir eine Erhöhung des Punktwertes in der geltenden GOZ an.

Betroffenes geltendes Recht:

GOZ 1987 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#)

4. Mehr Medizin in die Zahnmedizin; Ärztliche, Zahnärztliche Approbationsordnung**Beschreibung:**

Angestrebt wird die engere Verzahnung der Studiengänge Human- und Zahnmedizin in Form einer gemeinsamen Grundlagenausbildung an den Medizinischen Fakultäten.

Referentenentwurf:

Verordnung zur Neuregelung der ärztlichen Ausbildung (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 15.06.2023

Federführendes Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

ÄApprO 2002 [alle RV hierzu]; ZApprO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2407090003 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 09.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

5. Förderung der fachärztlichen Weiterbildung**Beschreibung:**

Für die DGMKG:

Angestrebt wird die finanzielle Förderung der ambulanten sowie stationären fachärztlichen Weiterbildung. Dabei möge die Förderpraxis gem. § 75a Abs. 8, nur grundversorgende Facharztweiterbildungen zu fördern, aufgegeben werden.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#)

6. Entbudgetierung der vertragsärztlichen Versorgung**Beschreibung:**

Für die DGMKG:

Angestrebt wird die Entbudgetierung der gesamten vertragsfachärztlichen Versorgung.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 234/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune
(Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

7. Einbezug von mkg-chirurgischen ambulanten Operationen bei der Ausformulierung der Hybrid-DRG's

Beschreibung:

Für die DGMKG:

Angestrebt wird der Einbezug mkg-chirurgischer, ambulanter Operationen im Rahmen der Ausgestaltung der sektorengleichen Vergütung durch die Vertragsparteien nach § 115b Abs. 1 S. 1 SGB V im Rahmen künftiger Erweiterungen des Leistungskatalogs.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; HybDRGV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

8. Flächendeckende Versorgung sicherstellen

Beschreibung:

Für die DGMKG:

Sicherstellung der flächendeckenden fachärztlichen, mund-, kiefer- gesichtschirurgischen Versorgung im ambulanten wie stationären Setting.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; KHEntgG [alle RV hierzu]; KHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

9. Transformationsfondsverordnung - keine Förderung für Verlegung einer MKG-Abteilung an Universitätsklinik

Beschreibung:

Zur Förderung von Umstrukturierungsprozessen in den Krankenhäusern sieht das KHVVG die Einführung eines Transformationsfonds vor. In § 12b Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 bis 8 KHG werden die Fördertatbestände aufgezählt, die durch den Verordnungsentwurf ausdifferenziert werden. Die DGMKG nimmt zur Gesetzgebungskompetenz des Bundes sowie zum Fördertatbestand in § 3 Abs. 4 KHTFV-Entwurf Stellung.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 64/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zur Verwaltung des Transformationsfonds im Krankenhausbereich

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Verordnung zur Verwaltung des Transformationsfonds im Krankenhausbereich (Krankenhaustransformationsfonds-Verordnung - KHTFV) (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

KHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2502040004 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.01.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

10. **Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in den Heilberufen**

Beschreibung:

Mit dem "Referentenentwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen" beabsichtigt die Bundesregierung das Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse in den Heilberufen zu beschleunigen. Dabei würden u.a. auch die Anerkennungs Voraussetzungen abgewandelt.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/3207 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Gesetz zur Beschleunigung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

ZHG [alle RV hierzu]; BÄO [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2507280009 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.07.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. **SG2601210003** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.01.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

11. **BDO: Einführung Impfberechtigung für Fachzahnärztinnen und Fachzahnärzte für Oralchirurgie**

Beschreibung:

Einführung einer Impfberechtigung im Infektionsschutzgesetz für Zahnärzte

Betroffenes geltendes Recht:

IfSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2508130012** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

12. **Krankenhausreformanpassungsgesetz KHAG**

Beschreibung:

Mit dem KHAG soll das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz angepasst werden. Dazu sind unter anderem die Einführung von Ausnahmeregelungen und Kooperationsmöglichkeiten für Krankenhäuser, Veränderungen an den Leistungsgruppen sowie im Bereich der Onkochirurgie, geänderte Vorgaben für Belegärzte sowie bei den Zwischenfristen vorgesehen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2512 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Krankenhausreform -
(Krankenhausreformanpassungsgesetz - KHAG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Krankenhausreform (Krankenhausreformenpassungsgesetz - KHAG) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]; KHG [alle RV hierzu]; KHEntgG [alle RV hierzu]; KHTFV [alle RV hierzu]; GWB [alle RV hierzu]; BPflV 1994 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2508180004 (PDF - 19 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.08.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2512040010 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.12.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

13. Wahrung der bestehenden vertragsärztlichen und vertragszahnärztlichen Abrechnungssystematik

Beschreibung:

Die geplante Begrenzung der Vergütungssteigerungen auf die Entwicklung der beitragspflichtigen Einnahmen der Krankenkassen wird abgelehnt. Leistungen nach Terminvermittlung oder in offenen Sprechstunden sollen wieder in die morbiditätsbedingte Gesamtvergütung überführt werden. Die Stellungnahme bezweifelt die Aussage, dass diese Vergütungen keinen spürbaren Einfluss auf die Versorgung gehabt hätten. Es wird erwartet, dass sich der Zugang zur ambulanten Versorgung dadurch verschlechtert.

Die verbliebenen extrabudgetären Leistungen sollen künftig über neue Gesamtvergütungen finanziert werden. Die Begründung des Gesetzes, dadurch angebotsinduzierte Nachfrage einzudämmen, wird zurückgewiesen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6130 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606180041 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.06.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

14. Befristungsrecht im Wissenschaftsbereich / Weiterbildung**Beschreibung:**

Es mögen die Besonderheiten der doppelapprobierten MKG-Chirurgen bei den Vorgaben zur Befristungsmöglichkeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie in der Weiterbildung berücksichtigt werden.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Gesetzes über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft (WissZeitVG) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 26.05.2026

Federführendes Ministerium: BMFTR [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

WissZeitVG [alle RV hierzu]; ÄArbVtrG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2606180040 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
(BMFTR) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (1)

1. Auftrag

Als Hauptstadtrepräsentant für DGMKG und BDO formuliere ich Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben und Verordnungsentwürfen welche ich an Regierungsvertreter oder Abgeordneten sende sowie diesen gegebenenfalls zusätzlich über andere Organisationen zur Kenntnis reichen. Ich nehme an Verbändeanhörungen im BMG oder im Deutschen Bundestag teil, nehme Kontakt zum Bundesministerium für Gesundheit sowie den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages auf und organisiere parll. Abende auf denen Regierungsvertreter oder Abgeordnete zugegen sind.

Interessenbereiche: Gesundheitsversorgung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Konkrete Regelungsvorhaben: DGMKG: Änderungen Leistungsgruppe, belegärztliche und AOP Leistungen, Förderung Weiterbildung; BDO: Einführung belegzahnärztlicher Leistungen , Modernisierung der privatärztlichen Vergütung, Modernisierung der privat Zahnärztlichen Vergütung, Anpassung an die Kostenentwicklung, Mehr Medizin in die Zahnmedizin; Ärztliche, Zahnärztliche Approbationsordnung, Förderung der fachärztlichen Weiterbildung , Entbudgetierung der vertragsärztlichen Versorgung, Einbezug von mkg-chirurgischen ambulanten Operationen bei der Ausformulierung der Hybrid-DRG's, Flächendeckende Versorgung sicherstellen, Transformationsfondsverordnung - keine Förderung für Verlegung einer MKG-Abteilung an Universitätsklinik , Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse in den Heilberufen, BDO: Einführung Impfberechtigung für Fachzahnärztinnen und Fachzahnärzte für Oralchirurgie, Krankenhausreformen Anpassungsgesetz KHAG, Wahrung der bestehenden vertragsärztlichen und vertrags Zahnärztlichen Abrechnungssystematik, Befristungsrecht im Wissenschaftsbereich / Weiterbildung

Auftraggeber/-innen (1):

1. Berufsverband Deutscher Oralchirurgen BDO e.V.

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt

Unterauftragnehmer/-innen (2):

1. Berufsverband Deutscher Oralchirurgen BDO e.V.

2. Deutsche Gesellschaft für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie e.V.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro